

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heftige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Zugriffen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die festgepahte Polizei 50 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 75 Pf., im amtsdienlichen Teil (außer von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingeschriebene Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 81

Freitag den 8. April 1921

87. Jahrgang

Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung entfallende Zuteilung 50 g Butter.

Der Preis für 50 g Butter beträgt: 1,90 M.

Mob. IV. Kommunalverband Dippoldiswalde, am 6. April 1921.

Auf Blatt 220 des hierigen Handelsregisters, betreffend die Firma Franz Henning in Schleizwitz III heute eingetragen worden: Vom Amtsgericht. Die Firma ist erloschen. I.A. Reg. 52/21. Amtsgericht Dippoldiswalde, den 4. April 1921.

Der Frühjahrstaatenstand in Sachsen.
Nach der durch die Winterruhe bedingten mehrmonatlichen Unterbrechung ist nunmehr wieder der erste amtliche Bericht über den Saatenstand in Sachsen erschienen. Nach diesem standen amfang April Winter-Weizen, Winter-Roggen und Winter-Auer gut bis mittel, Raps, Klee und Wiesen mittel. Das Wetter im Herbst 1920 war für die Bestellung der Winterstaaten günstig, deshalb konnten wohl auch im Gegenjahr zu 1919 alle zur Winterung bestimmten Flächen bestellt werden. Der Winter war schneearm und milde, und erst der Februar und März brachten ähnlich starke Nachschüsse und höhere Tagstemperaturen, die den spät gesetzten Saaten wenig günstig waren. Die früheren Winterstaaten sind meist gut bestanden, während die späteren die da zu wünschen übrig lassen und wohl ein geringer Teil davon umgesägt werden muss. Die trockne und kalte Witterung seit Mitte Februar hat die Entwicklung der Saaten etwas zurückgehalten und wäre für ihr Gedehnen ein baldiger durchbringender Regen sehr erwünscht.

Vom Kopf muss ein größerer Teil umgesägt werden, der schon im Herbst durch Erdfälle stark gelitten hatte oder insoweit später aussetzt schwach bestellt im Winter war.

Auch bei dem Klee ist der Stand nicht überall befriedigend und manchmal schon dünn; bestände mit anderen Futterpflanzen bestellt werden. Auch zeigt sich schon vereinzelt Kleeerde, die den Bestand gefährdet. Die Wiesen sind noch ziemlich saft, ihnen fehlt ein durchdringender warmer Regen. Die Frühjahrsbestellung ist bei dem heissen Wetter sehr weit vorgezögert, in vielen Begegnen fast beendet. Die Saaten sind sehr gut eingetroffen worden, es wären aber nur für deren gleich möglichen Aufgang Rücksicht zu rücksicht.

Die Saatfeindheit scheint die Vermeidung der Wände begünstigt zu haben; denn es macht sich Wänden an den Winterstaaten und im Klee in einigen Begegnen wieder recht bemerkbar.

Im allgemeinen bestehen die ersten Berichte in diesem Jahre den Stand der Winterhalbmäuse bedenklich günstiger als im vergangenen; dazu kommt noch, dass die für die kommende Blüte voll zum Arbeiten gekommen ist und scheinbar kann vorerst nichts ungesägt werden mehr.

Letztes und Soziales.

Dippoldiswalde. Wegen Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche in Böhmen konnte laut hofamtlicher Bekanntmachung vom 7. Februar vorigen Jahres der Viehmarkt bis auf weiteres nicht stattfinden. Folgende Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 15. März d. J. ist dies aber nunmehr gestoppt und wurde die ursprüngliche Bekanntmachung wieder aufgehoben, jedoch am 9. April, nämlich Sonnabend, der nächste Viehdienstag stattfinden soll.

— Die Ortsgruppe Dippoldiswalde der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hatte vor einiger Zeit ein Kongress veranstaltet und dessen Überzahl von 500.— M. den in Avignon noch in Kriegsgefangenheit befindenden Kameraden aufzunehmen lassen. Gänge 109.— Brantl und ihnen ausbezahlt worden. Der zweite Stand der Polizei gibt nicht mehr her. Während ist aber der Krieg, in dem sich die Gefangenen für die Sache bekehren, 159 sind noch, die hinter dem Drahtzaun schmachten, darunter manche von ihnen halb 7 Jahre. Die „rechte“ französische Nation steht in Deutschland Kriegsverbrecher, verlangt die Gefangenens ihres Staates sofort freif, entblößt sich aber nicht, sondern Deutsche, fern von ihrem Leben festzuhalten, um will ihr Drang nach Freiheit und Heimkehr zu groß war. Geständnisse wie oben genannte, geben den Gefangenen aber, wie sie selbst schreiben, neuen Mut, neue Hoffnung und das Bewußtsein, doch nicht verlassen und vergeßen zu sein. Möchte auch ihnen baldige Heimkehr beschließen sein.

Dippoldiswalde, 7. April. Heute vor 25 Jahren beginnt Herr Bürgermeister Voigt sein 25jähriges Amtsdienst.

— Eine ringförmige Konnenfeste findet Freitag den 8. April statt und wird, falls nicht Wollen die Geweine

verdecken, auch bei uns sichtbar sein. Sie beginnt für uns ungefähr 3/4 Uhr, erreicht gegen 10 Uhr ihren höchsten Stand mit einer Verstärkung von 1/2 und endet gegen 1/21 Uhr. Der völlig schwarze Mond berichtet den Sonnenstand zuerst in einem Punkt, der 700 Bogengrade nach rechts herum vom höchsten Punkte der Sonne absieht. Bei der Beobachtung ist volle Vorsicht nötig, nur wenn man mehrere tiefschwarze Gläser übereinander oder ein Glas mit Ruh bedektes Glas benutzt, kann man ohne Schaden für das Auge nach der Sonne sehen.

Sachsenburg. Den Herren Gutsbesitzern Max Dietrich und Hermann Berger hier ist dieser Tage für langjährige Diensttätigkeiten vom Abteilungsamt Plana die Dienstauszeichnung 3. Klasse zugestellt worden.

Dresden. In der Mittwochssitzung des Landtages wurde zunächst die vor den Österreichen ausgelegte Abstimmung über die Erwerbslosenanträge nachgeholt, wobei zunächst die kommunistischen Widerholtanträge abgelehnt und die Anträge der sozialistischen Ausschussherrlichkeit zum Teil gegen die Stimmen aller Bürgerlichen und zum Teil gegen die Stimmen der Deutchnationalen angenommen wurden.

— Die zu nochmaliger Beschlussfassung von der Regierung dem Landtag zugegangene Vorlage zur Neuregelung der Kinderzulagen der Staatsbeamten, die bekanntlich von einer bürgerlichen Zusammensetzung im Landtag schon einmal angenommen und von der Regierung abgelehnt worden war, wurde zu nochmaliger Behandlung dem Haushaltshaushalt A überwiesen. — Godann wurden die Kapitel 89 und 93 des Haushaltsgesetzes dergestalt gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten erledigt, als der evangelischen Kirche in Sachsen ein vergleichliches Darlehen in Höhe von 17 Millionen Mark bewilligt wird. — Weiter wurden noch einige unwesentliche Gegenstände zur Weiterberatung an die zuständigen Ausschüsse gewiesen. — Rächtige Sitzung Donnerstag den 7. April mittags 1 Uhr mit der Tagesordnung: „Übergabe einer Regierungserklärung“.

— Dienstag den 12. April findet in der Kapelle des Schlosses Hohenburg bei Lengnau (Oberbevern) die Vermählung des Prinzen Ernst Heinrich mit der Prinzessin Sophie von Luxemburg und Nassau statt.

— Die Kommunisten, die am Dienstag die Landtags-Sitzung verließen, werden heute Donnerstag im Landtag den Antrag einbringen, daß in Sachsen keine außerordentlichen Gerichte eingesetzt werden dürfen. Wenn die Regierung diesen Antrag nicht entspricht, beschließen die Kommunisten, dann und den Landtagsabgängen sein zu bleiben und durch diese Schwedung der Regierungsmehrheit die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. — Da auch die Unabhängigen sich stets gegen das schon angeordnete Sondergericht ausgetragen haben, könnte dieser Antrag für die Regierung auch noch weitergehende Schwierigkeiten für die allmählichen Tage bereiten.

— Auf eine Eingabe des Sozialhaberverbandes um Wiederherstellung des Tanzregulations hat der sächsische Minister geantwortet, daß eine Vermeidung der Tanzprobe im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage weiter Kreise unserer Bevölkerung nicht am Platze sei, und daß die Wünsche der Sozialhaber bis zu einer Änderung der sozialen politischen Lage und Besserstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erfüllen seien.

— Über einen von mehreren Landtags-Angeklagten beschlossen, sehr anständigen Vergang wird dem „S. 3.“ der Richter: Am Dienstag, vormittag gegen 9 Uhr, erschien im Landtagsgebäude acht Männer in schmutziger Kleidung und mit großen Handlappen; sie gingen in das Stallungszimmer der Kommunisten, nahmen dann in dem dichten Zimmer gegenüberliegenden offenen Kabinettzimmers eine eingehende körperliche Säuberung vor, wobei sie sich ganz entkleideten, aus ihrem Asse mit neuer Kleidung verkleideten, sich zustellen und dann wieder verschwanden. In ihrer Begleitung befand sich ein sehr elegant gekleideter Mann von etwa 30 Jahren, dessen Art zu sprechen ganz auffallend der eines Kinoäufzimmers ähnelt. Dieser unbekannte

Ferkelmarkt in Dippoldiswalde

Iann folgt der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 15. März d. J. wieder stattfinden. Die Bekanntmachung v. 7. 9. 20 (Weißeritz-Zeitung Nr. 210) wird hiermit aufgehoben.

Dippoldiswalde, am 5. April 1921.

Der Stadtrat.

Formulare und andere Drucksachen f. Gemeinde und andere Behörden liefert in zweidimensionaler Ausführung die Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde.

Galt der kommunistischen Fraktion hielt sich jedoch nur ganz kurze Zeit im Landtagsgebäude auf. Man geht wohl nicht sehr in der Annahme, daß es sich bei den Leuten, die sich hier unter dem Schutz der kommunistischen Fraktion ein anderes Neueren beilegen, um Flüchtlinge aus dem mitteldeutschen Aufstandsgebiet handelt.

Freiberg. Die vom Stadtrat vorgelegte Erhöhung der Begräbnis- und Friedhofsgebühren, wonach die teureren Ausführung ungefähr 4916 Mark, die einfachen 635 Mark kosten würde, wurde von den Stadtvorordneten abgelehnt. Ein Abgeordneter bemerkte, daß durch die außerordentlich hohen Kosten manche Familien direkt dem Bankrott zugeworfen würden.

— Die vor Jahren aus Böhmen nach Sachsen übergetretene Böhmerin hat sich nun auch in dieser Gegend bemerkbar gemacht. In der an der Freiburger Mulde gelegenen Papierfabrik Steyerthal wurde dieser Tage eine Böhmerin gefangen.

Heidenau, (Amtsh. Pirna). Bis Ende März d. J. sind hierzulst 1580 Personen (1212 Erwachsene, 378 Kinder) aus der Kirche ausgetreten.

Heidenau ist dabei, sich einen Bedarfsplan anzufertigen zu lassen. Die Kosten sollen etwa 50000 M. (80 M. für den Haftr.) betragen. Man will sich um einen Staatszuschuß bemühen. — (Dippoldiswalde könnte möglich einen solchen Plan anlaufen. Doch erfordert den Stadtrat der Preis von — irren wir uns nicht — 60 M. pro Hektar zu hoch, wenigstens mit Rücksicht auf die jetzige Geldknappheit.)

Kölln. Das Sängerfest des Sängerbundes Saxonie wird nach neuerer Bestimmung am 9. und 10. Juli hier abgehalten.

Döbeln. Am 1. April sind die Gemeinde Mölkau und das Rittergut Schwellen in die Gemeinde Döbeln bei Löbau einverlebt worden. Die vereinigte Gemeinde führt den Namen Löbau.

Kue. Ein großes Schadensfeuer bricht in der Nacht zum Montag — zum dritten Male seit 1919 — das Hotel Victoria heim. Der Dachstuhl ist auch gänzlich ausgebrannt, die Feuerleitungsleitung des Feuers ist unbekannt. Unter dem Brande hatte diesesmal das ganze Gebäude zu leiden, weil erheblicher Wasserschaden entstand; einige Wohnungen müssen deshalb geräumt werden. Der angrenzende Schaden ist sehr beträchtlich.

Treuen. In der Nacht zum Montag wurde früh in der dritten Stunde der Sohn des kleinen Fleischermeisters Schneiter auf dem Wege zwischen Thoßfeld und Gospergrün von einem Unbekannten überfallen und ihm ein Revolver auf die Brust gelegt. Der Sohn verzog und der Angreifende legte sich zur Wehr, doch entkam ihm beim Ringen der Stiel und er mußte fliehen, worauf der Angreifer ernst auf ihn fuhrte. Einer der Schläge durchdrang den linken Oberschenkel. Der Angreifer ist entkommen.

Plauen. Drei große Mieterversammlungen hatten stattgefunden, die vom Mietvertragsamt festgesetzten Mietlinien und den Normalmietverträge ablehnen und lediglich eine Erhöhung der Mietbeamide um 25 v. H. zugestehen. (Von Mietvertragsamt war noch die Umlegung aller Gebühren und Abgaben auf die eingeladenen Wohnungen festgelegt worden.) Der allgemeine Hausbeiträgerverein ordnet beschäftigt an, daß allen Mietern, die die Mietlinien nicht anstreben, mit Genehmigung des Mietvertragsamts sofort zu handigen ist, und daß alle Gebühren, nicht die Grundsteuer, der Stadt und dem Staat solange vorzuhalten werden sollen, bis die Miete endgültig dagezahlt werden.

Wangen. Einträchtig der Ehrenmalswache für die im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des ehemaligen vierzig Königlich sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 103, einschließlich Grap- und Heidarmeen findet am 9., 10. und 11. April in der alten Garnisonsstadt Wansen großer 103er-Dag statt. Die Denkmalswache steht jetzt nach dem Gottesdienst am nächsten Tage findet eine Parades nach dem Bildstocker Berg statt.

Briands gepanzerte Faust.

"Eine nahe Hand wird auf Deutschland u. niederhausen." Der Pariser Verhandlungstatter des belgischen "Le Soir" hatte seinem Blatte gedrahtet, daß Frankreich an Deutschland eine lege, sehr kurz beschriftete Aufforderung richten werde, die völlige Erfüllung aller Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages anzunehmen, sonst würde Frankreich mit oder auch ohne seine Verbündeten mit bewaffneter Hand zur Verwirklichung des Vertrages schreiten.

Diese Aufforderung muß man wohl jetzt als französisch-scherhaft amtlich angeregt bezeichnen, denn sie wird nunmehr durch eine Note des französischen Ministerpräsidenten Briand im Senat im wesentlichen bestätigt.

Die Note Briands.

Briand wies zu Anfang seiner Note auf die finanzielle Notlage Frankreichs hin. Diese Lage sei darum so ernst, weil Frankreich gezwungen sei, wegen des schlechten Willens seines Schuldners dessen Kosten zu tragen. Frankreich habe sich nicht geweigert, über die Zahlungsfähigkeiten Deutschlands zu beraten trotz den Gefahren, die solche Beratungen in sich bergen. In London sei infolge der "lächerlichen Angebote" Deutschlands ein Bruch nicht zu vermeiden gewesen.

Dann kennzeichnete Briand die durch den Londoner Bruch geschaffene Lage, indem er die frühere Erfahrung erneuerte, daß durch Ablehnung der Pariser Vereinbarung durch Deutschland der Versailler Vertrag wieder volle Geltung habe. Darum habe der Wiederherstellungs-Klausus seine Tätigkeit wieder aufgenommen, um Deutschland mitzuteilen, wie hoch seine Schuld sei. Deutschland habe sich des Vertrags bedient, um die Verbündeten zu hindern, vor dem 1. Mai zu handeln. An diesem Tage aber werde es seine Ausflüchte mehr machen können; und wenn seine Unaufdringlichkeit dann erwiesen sei, werde Frankreich seinen Verbündeten erklären: "Der Gläubiger hat das Recht, zur Zwangsvollstreckung zu schreiten." Am 1. Mai werden dann die gemeinsame Recht angewandt werden.

Briand sagt dann wörtlich:

"Über, das erkläre ich laut — und ich bin ein Mann, der überlegt, aber der sein Ziel nicht aus den Augen verliert —, wenn Deutschland weiter versucht, sich seinen Verpflichtungen, seinen Zusagen zu entziehen, wird eine starke Hand auf Deutschland niedergehen."

Der französische Ministerpräsident erklärte dann weiter, daß alles, was Deutschland geschieht, eine Sicherheit sei für seine Schuld. Deutschland werde seine Zahlungsmittel, die es heute angeblich nicht entdecken kann, schon finden. Man werde zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeklossen sein würden. Ein Teil der deutschen Bodenreichtümer müsse zur Zahlung herangezogen werden. Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten festgeschlossen sei, das lezte Wort zu haben.

Karl in der Schweiz.

Vermittelt auf Wiederschein.

Erlöhn Karl konnte bei seiner Abfahrt von Steinamanger trotz dem Missgeschick, das ihm beschieden war, sich doch noch einmal für kurze Zeit königlicher Ehren gen erfreuen. Tausende von legitimistischen Bauern aus der Umgegend waren gekommen, um dem Erlöhn Abschiedsgesänge zuzuhören und zu zuwünschen. Als Karl auf den Balkon des bischöflichen Palastes trat, um sich von den dort Versammelten zu verabschieden, erkündete tosende "Elsen"-Muse und auch Muse: "Auf Wiederschein!" Ein Sängerkorps sang die Nationalhymne. Karl grüßte nach allen Seiten. Im Palast hatten sich die führenden Persönlichkeiten des Komitats versammelt. Dem Erlöhn wurden zum Abschied militärische Ehren erwiesen, vor dem bischöflichen Palast standen als Ehrenwache zwei Wachposten der Nationalarmee im Sturmhelm. In den Straßen zum Bahnhof horchte eine große Menschenmenge des Erlöns. Als der Kraftwagen, in dem Karl sich befand, erschien, warf die Menge Blumen darauf. Auch auf dem Bahnhof hatten sich viele Neugierige versammelt, die Abschiednahme wurde durchbrochen. Karl zeigte sich, als er den Salonzug bestieg, bald am Fenster seines Wagens, und die Menge rief auch hier "Auf Wiederschein!". Der Erlöhn verabschiedete sich von dem Abgeordneten Lindauer mit den Worten: "Auf Wiederschein, Herr Abgeordneter, bestimmt auf Wiederschein!"

Kärmende Arbeitersiedlungen auf österreichischen Bahnhöfen.

Bis nach dem österreichischen Grenzort Fehring begleiteten mehrere ungarische Aristokraten den Erlöhn, die sich vor ihm dort verabschiedeten, weil während der Fahrt durch österreichisches Gebiet Karl eine österreichische Abordnung zur Begleitung überwiesen worden ist. Als die Ungarn den Zug verlassen hatten, riefen sie laut als Abschiedsgruß "Elsen a strahl" ("Hoch der König"). Die deutsch-österreichischen Eisenbahner empfingen das so sehr, daß sie in stürmische Gegenweise "Pfui! habsburg" und "Abzug Karl" ausbrachen. Auch in Bruck an der Mur ereigneten sich laute Aufforderungen der Arbeiterschaft gegen Karl. Seine Ablehnung in Deutschösterreich ist allgemein.

On der Schweiz.

Auf der Schweizer Grenzstation Buchs verließ die österreichische Abordnung, etwa 40 Personen, den Zug und der Schweizer Oberst Käßling bestieg ihn, um den Erlöhn aus seiner Weiterreise durch die Schweiz zu beaufsichtigen. Karl wird zunächst in Zug zu bleiben haben, wo ihm ein leerstehendes Hotel angewiesen worden ist, bis der Bundesrat weitere Entscheidungen gesetzt hat.

Die Veranlagung der Einkommensteuer.

Was man bei der Steuererklärung beachten muß.

Bei der jüngst vom Reichstag beschlossenen Abänderung des Reichseinkommensteuergesetzes hat die Regierung sich trotz der von verschiedenen Seiten erhoben-

nen Vorstellungen nicht dazu entschlossen können, auf eine nachträgliche Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger für das Rechnungsjahr 1920 zu verzichten und die Steuerleistung der anderen Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger mit dem Steueraufzug vom Lohn als erledigt anzusehen. So wird infolge der jetzt erfolgten erheblichen Heraufsetzung der Steuersätze ein großer Teil der Steuerpflichtigen sich für das Steuerauszahlungsjahr 1920 seiner Steuerpflicht bereits entledigt haben und für eine Nachzahlung nicht mehr in Betracht kommen, doch hätte ein Verzicht auf die Steuerveranlagung sowohl den Steuerbehörden wie den Steuerzahler viel Arbeit und Kopfschmerzen ersparen können.

Zwischen haben bereits vorsichtige Landesfinanzämter alle Einkommensteuerpflichtigen mit über 10 000 Mark zur Erreichung ihrer Einkommensteuererklärung aufgefordert. Die zu diesem Zweck ausfüllenden Formulare enthalten vielfach eine Menge von Fragen, auf die der Steuerzahler dem Finanzamt genaue Auskunft geben muß. Es empfiehlt sich daher, sich die Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes und insbesondere die hierzu vom Reichstag beschlossenen Änderungen vor dem Ausfüllen des umfangreichen Formulars aufmerksam anzuschauen.

Die Veranlagung erfolgt diesmal für das Kalenderjahr 1920. Angugeben ist also das im Beitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920 erzielte Einkommen. Bei der Ausfüllung der Namensangabe ist zu beachten, daß während bisher das Einkommen von Mann und Frau, wenn die Frau erwerbstätig war, zusammengerechnet wurde, sie jetzt beide getrennt zu veranlagen sind. Es müssen demnach, wenn beide erwerbstätig waren, von beiden besondere Fragebögen ausgefüllt werden. Dann folgt die Angabe des Einkommens in dem oben erwähnten Beitraum. Hier sind auch die Beiträge anzugeben, die bereits durch den Lohnabzug einbehalten sind.

Die Werbungskosten.

Von großer Bedeutung für Lohn- und Gehaltsempfänger sind die Angaben für die gesetzlich zulässigen Abzüge, die sogenannten Werbungskosten. Als solche sind zu betrachten:

1. Die zur Erhaltung des Einkommens gemachten Aufwendungen (Werzeuge, Verpflegung usw.).

2. Notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte entwachsen sind.

3. Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbstständig veranlagten Haushaltungsangehörigen zu Kranken-, Unfall- und Angestelltenversicherung zahlt.

4. Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrag von 100 Mark.

5. Versicherungsräume, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbstständig veranlagten Haushaltungsangehörigen auf den Tod- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 1000 Mark (bisher nur bis 600 Mark) höchstens nicht übersteigen.

6. Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen (Gewerkschaften u. a.), soweit zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.

7. Beiträge an kulturstärkende, mildtätige, gemeinnützige Vereinigungen. Beiträge an politische Organisationen können jetzt noch abgezogen werden, sie kommen erst bei der Veranlagung für 1921 in Betracht.

Während der letzten Reichstagsverhandlungen wurde die Höhe der Werbungskosten von der Regierung selbst auf 1800 Mark gesetzt. In vielen Fällen, besonders in den Großstädten und in den Industriegebieten, werden sie sich aller Voraussicht nach bedeutend höher stellen. In diesem Falle dürfen sie selbstverständlich in voller Höhe in Abzug gebracht werden.

Weitere soziale Steuererleichterungen.

Schließlich sei auch der Art. 26 des Einkommensteuergesetzes in Erinnerung gebracht, wonach bei der Veranlagung besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden können. Bei diesem Zwecke kann die Steuer bei einem Einkommen bis 10 000 Mark, bis 20 000 Mark zur Hälfte und bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 20 000 Mark zu einem Viertel ermäßigt werden. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittellosen Angehörigen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbstätigkeit der Frau. Das Finanzamt hat die jeweiligen Verhältnisse zu prüfen.

Neue Gefahr im Osten.

Polnische Rüstungen an der oberschlesischen Grenze.

Polen steht vor schwerwiegenden militärischen Maßnahmen. Wie die Marienwerder "Weichselzeitung" aus zuverlässiger Quelle hört, sind militärische Vorbereitungen in Polen im Gange, die sich nur gegen Oberschlesien, gegen die west- und ostpreußischen deutschen Gebiete richten können.

Obwohl Polen nach dem Waffenstillstande anscheinend abrückte, wurde nur eine Teilung der einzelnen Regimenter und eine Beurlaubung der Mannschaften und Offiziere vorgenommen. Seit der Abstimmung in Oberschlesien aber wird offensichtlich ohne jede Verheimlichung wiederum mobilisiert. Alle Männer bis zum höchsten Alter werden zu den Waffen gerufen. In den Verbänden sind überall nur die notwendigsten Facharbeiter übrig geblieben. Selbst die kleinsten Orte sind mit Militär voll besetzt. Die artilleristische Ausbildung ist vorzüglich. Große Munitionstransporte gehen zur Grenze. An der Grenze selbst ist das Militär stark konzentriert. Mit militärischen Transporten sind sämtliche Straßen besetzt, die Bahnhöfe sind von Soldaten über schwemmt. Die Präzision ist im Verhältnis zum letzten Sommer wesent-

lich besser geworden. Offiziere und Soldaten sind sich durchaus darüber klar, daß die Maßnahmen gegen Deutschland gerichtet sind.

Man muß noch durchaus zuverlässigen Berichten annehmen, daß schon in den nächsten Tagen ein polnischer Angriff bevorsteht. Unter diesen Umständen besteht, wie die "Weichselzeitung" sagt, für die ostmährischen Provinzen außerordentliche Gefahr und es ist notwendig, daß Maßnahmen getroffen werden, um dieser drohenden Gefahr vorzubeugen. Fall die Regierung nicht schnell die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Ostgrenzen ergreifen sollte, so wird, wie die "Weichselzeitung" sagt, die ostmährische Bevölkerung an Selbstschutz denken müssen und schlimmstes dazu übergehen, Organisationen zu schaffen, um dem polnischen Angriff den ersten Widerstand entgegen zu können.

Ein sieches Volk.

Der Rückgang der Geburten.

Durch Krieg, Hungerblödade und wirtschaftlichen Niedergang ist aus dem kräftigen Volk der "Barbaren" ein sieches, frisches Volk geworden. Wohl niemand der kräftigen Männer, die so voller Überzeugung in den Kampf für die Heimat zogen, ist völlig gesund zurückgekehrt; wohl kein Kind hat die Folgen der Hungerblödade glatt überstanden; wohl keine deutsche Frau ist von Zweifeln an der gesunden frischen Lebensbedingung frei geblieben. So haben dem schon ohnehin viel gepeinigten Deutschland höchstartige Feinde einen neuen grausigen Krieg eröffnet. Diese Feinde heißen Kindeslos, allgemeines Volksstichtum, seelische Degeneration und Geburtenrückgang.

Die Namen dieser schrecklichen Feinde, die unerträglich an dem Mark der deutschen Volkskraft nagen, verdienen zur Abschreckung von expressiven Gesichtern mit Flammeinschrift an den politischen Himmel gemalt zu werden. Besonders jetzt, wo die nüchternen und objektiven Statistik in nadler Zahlen das verzweiflungsvolle Elend des mit bedrohlicher und erschreckender Schnelligkeit um sich greifenden Geburtenrückgangs all denen, die noch ein empfindendes Herz oder nüchternen Verstand haben, vor Augen führt.

Der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczynski, weiß in einer Berliner Tageszeitung an Hand des ihm zur Verbilligung stehenden Materials nach, daß seit dem Winter 1919/20 die Geburtenziffer in Deutschland unaufhaltsam gesunken ist. Während noch im vierten Quartal 1919 in den deutschen Orten über 15 000 Einwohner 163 476 Kinder lebend geboren wurden, sank die Ziffer im vierten Quartal 1920 auf rund 134 612 herab. Dieser Rückgang der Geburten ist umso erschreckender, als die Zahl der Eheschließungen 1920 außerordentlich hoch war. Wurden doch im Deutschen Reich 1920 doppelt so viele Ehen geschlossen, als 1913.

Das sind trübe Aussichten, besonders wenn man bedenkt, daß durch den Geburtenrückgang natürlich auch die Zahl der gebärfähigen Frauen im Laufe der nächsten Jahre zurückgeht; ein Umstand, der ein Geburtendefizit in Deutschland in greifbare Nähe rückt. Wer das auszumalen imstande ist, kann selbst als größter Optimist nur noch schwarz in die dunkle Zukunft unseres Volkes sehen. Und wenn trocken von ernsten und besonnenen Menschen das goldene Wort Hoffnung aussprochen wird, so bleibt uns nur die Deutung übrig, daß ein jeder, würdig dem Ernst der Zeit angepaßt, immer wieder auf Deutschlands Ohnmacht hinweist, die denen, die helfen können, bald ein Bewußtwerden ihrer Menschenpflicht ermöglichen sollte.

Politische Rundschau.

Berlin, 7. April 1921.

— Die "Oppelner Nachrichten" sind von der Interalliierten Kommission wegen eines Artikels über den polnischen Terror im Kreise Tarnowitz auf vier Tage verboten worden.

Die Steuerabzüge vom Lohn und Gehalt. Die Steuerabzüge, die vom 1. April der Arbeitgeber vom Lohn oder Gehalt des Arbeitnehmers für den Staat zu machen hat, sind Ratenzahlungen auf die Steuer des Rechnungsjahrs 1921. Diese 10 prozentigen Abzüge sind von dem um die Versicherungs- u. v. Beträgen, die vom Arbeitgeber sofort einzuziehen sind, verminderten Lohn zu berechnen. Weil der Arbeitgeber den vollen Abzug, auf den der Arbeitnehmer möglicherweise Anspruch hat, nicht zuverlässig zu ermitteln vermag, da dessen etwaige Ehefrau oder Kinder vielleicht in einem anderen Betrieb Lohn oder Gehalt beziehen, so ist zunächst noch von der Auszahlung eines festen Betrags für die abziehbaren Werbungskosten abzusehen. Im Voraus ergeben sich, dessen baldige Ausarbeitung zu erwarten ist, soll auch das geregelt werden. Die Berechnung dieses Gesetzes ist bei seiner Dringlichkeit bis zum Beginn der großen Herbstsitzungen des Reichstages zu erwarten. Zurzeit wird im Reichsfinanzministerium mit Vertretern einzelner Berufsstände über die von der Steuer abziehbaren Werbungskosten beraten.

Die amerikanischen Schadensansprüche. Bisher war man der Ansicht, daß die amerikanische Gegenberechnung gegen das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Eigentum nur einen geringen Bruchteil des letzteren ausmachen werde. Einer soeben veröffentlichten Übersicht zufolge werden, wie die "Frankfurter Zeitung" meldet, die amerikanischen Ansprüche die deutschen aber erreichen, wenn sie nicht übersteigen. Allerdings muß bemerkt werden, daß die meisten Forderungen rechtlich hoch geprägt erscheinen und jedenfalls sich Abstriche gefallen lassen müssen. Die amerikanische Regierung selbst fordert 80 Millionen Dollar, Versicherungsgesellschaften 85 Millionen, Amerikaner in Deutschland 191 Millionen und sonstige Anspruchsberechtigte 221 Millionen. Da beim Staatsdepartement immer noch neue Forderungen eintreffen, mag sich der Gesamtbetrag schließlich auf etwa 500 Millionen stellen.

Seine Besetzung der amerikanischen Besatzungsstruppen. Aus Washington wird dem "Exchange Telegraph" gemeldet, daß laut amtlicher Mitteilung eine Herauslösung des Mannschaftsstandes der amerikanischen Besatzungstruppen vor dem 1. Juli nicht zu erwarten ist. — Dieser Entwickelung der amerikanischen Regierung ist sie auf die Vermögensbilanz zurück-

ausführen sein, in diesem Sinne in Washington zu gestandene zu erlangen.

Die fristlose Kündigung der Soldaten. Neben die fristlose Kündigung des Dienstverhältnisses in der Wehrmacht hat der Reichspräsident eine besondere Verordnung erlassen. Das Wehrgebot sieht dabei die Mitwirkung von Wehrberufskräften vor. Soweit diese noch nicht eingereicht ist, werden die Vorschriften für die fristlose Kündigung des Dienstverhältnisses von Unteroffizieren und Mannschaften auch auf die Offiziere angewendet. Bis dahin kann allen Soldaten auch dann fristlos gekündigt werden, wenn Handlungen oder Unterschlüsse festgestellt sind, durch die sich die Soldaten der Achtung unwürdig erwiesen haben, die ihre Berufsetzung erfordert. Es gilt dies auch dann, wenn die Verschleppungen vor dem Eintritt in die Wehrmacht begangen sind. Die Vorschriften des Reichswehrgebots über den Einspruch werden auch auf diese Kündigung angewandt.

Neue Verhandlungen mit der Entente in der Entwaffnungsfrage? Der bayerische Ministerrat beschäftigt sich in seiner Sitzung mit der vom Reichsminister Dr. Hahn im Auftrage der Reichsregierung übergebenen Note vom 23. März. In der vom Ministerrat beschlossenen Antwort an die Reichsregierung schlägt die bayerische Staatsregierung nach eingehender Beratung vor, bei gegebenem Unfall mit der Entente in neue Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage einzutreten.

Sachsen vor einer Nenntbildung der Regierung? Die gegenwärtige mehrheitssozialistisch-unabhängige Regierung, die auf die Unterstützung der Kommunisten im Parlament angewiesen ist, darf in aller Kürze abtreten, um einer Koalitionsregierung oder aber einer mehrheitssozialistischen Regierung Platz zu machen, die beide mit Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, der Unabhängigen und der Deutschnationalen rechnen könnten. Das Verhalten der Kommunisten in Sachsen zwinge geradezu die Regierung, die Entscheidung nicht allzulange hinauszuschieben.

Nach den Unruhen in Mitteldeutschland.

Nach einer amtlichen Mitteilung der Meldestelle des Magdeburger Oberpräsidiums kann die mitteldeutsche Aufrührerbewegung als niedergeschlagen angesehen werden. Die Reichswehrtruppen werden bereits wieder in ihre Garnisonen abtransportiert. Die Schutzpolizei hat während der Kämpfe mit den Auführern 22 Tote und 57 Verwundete verloren.

Einer Mitteilung der Berliner Gewerkschaftskommission zufolge sind durch die kommunistischen Verbände im mitteldeutschen Industriegebiet über 30 Werke stillgelegt worden, wodurch 20 000 Arbeiter arbeitslos geworden sind. Aus den Leunawerken wird gemeldet, dass wieder 20 000 Mann Belegschaft eingestellt werden sollen, und zwar 10 000 Bergarbeiter und 10 000 Bauarbeiter. Mit der Einstellung ist am Montag begonnen worden.

Verhaftung zweier Kädesführter aus den Leuna-Werken.

Nachdem es der Leipziger Kriminalpolizei bereits vor mehreren Tagen gelungen war, zwei der führenden Kädesführer in den Leuna-Werken, nämlich die Kommunisten Uhlmann aus Berlin und Preußlöhne aus Leipzig auf der Flucht festzunehmen, ist es ihr jetzt gelungen, auch die beiden noch fehlenden Hauptbeteiligten des kommunistischen Aktionsausschusses der Leuna-Werke ebenfalls zu verhaften. Es sind dies der 28 Jahre alte Fabrikarbeiter Haase und der 24 Jahre alte Zimmerer Giert. Die Verhaftung erfolgte auf dem bayerischen Bahnhof kurz vor der Abfahrt des Auges, mit dem sie ihre Flucht fortsetzen wollten. Mit ihnen sind nun sämtliche Kädesführer der Leuna-Werke dingfest gemacht worden. Sie wurden den Leuna-Werken zugeführt. Inzwischen ist bekannt geworden, dass in den Leuna-Werken unter Führung Uhlmanns die Geldschänke erhöhten und etwa eine halbe Million Mark geraubt worden sind.

Das Oppelner Sondergerichtsurteil.

Gegen die Verurteilung der vier verantwortlichen deutschen Redakteure oberösterreichischer Zeitungen durch das Sondergericht der Interalliierten Kommission in Oppeln zu mehrjährigen Gefängnis- und hohen Geldstrafen wird die Reichsregierung bei der Interalliierten Kommission die ernstesten Vorstellungen erheben. Auch die Regierung stützt auf dem Standpunkte, dass das Urteil in seiner Art ungeheuerlich und durch das angebliche Vergehen in keiner Weise gerechtfertigt ist, zumal der Augenfeldzug der polnischen Presse vor und nach der Abstimmung ungeahndet bleibt, obwohl durch ihn nicht nur eine Beunruhigung der Bevölkerung Oberschlesiens hervorgerufen, sondern ungeschätzte Gewaltkraft gegen die deutsche Bevölkerung angestisst und ausgeübt worden sind.

Besetzung der Grenzlinie in Oberschlesien.

Das „Journal“ teilt mit, dass die Interalliierte Volksabstimmungskommission in Oberschlesien erst nach dem 15. April dazu kommen werde, mit der Ausarbeitung der Grenzlinie zu beginnen. Augenblicklich werde man Gemeinde für Gemeinde das Volksabstimmungsergebnis nach.

Rundschau im Auslande.

England: Schwere Bergarbeiterkriege.

Die englischen Zeitungen berichten von den ersten Zusammenstößen der streikenden Bergarbeiter mit ihren arbeitswilligen Kollegen und der Polizei. In den schottischen Gruben wurden viele Arbeitswillige und Polizeimannschaften durch die mit Steinen und Knüppeln bewaffneten Streikenden schwer verletzt. Es kam zu erheblichen Verletzungen verschiedener Betriebsanlagen. In den nichtschottischen Gruben herrschte zurzeit Ruhe; allerdings waren schon versucht, so dass erst nach langwierigen Arbeiten die neue Förderung aufgenommen werden konnte. Da kein Hochofen darüber besteht, dass auch die Transportarbeiter und die Eisenbahner die Arbeit niederlegen werden aus Solidarität für die sich gegen den Rohstoffbau wehrenden Bergarbeiter, so steht England vor einer schweren wirtschaftlichen Krise, die keinen guten Handel und Wandel ungewisser Perspektive würde.

Zusammenbruch der griechischen Armee in Kleinasien.

Nach einer Meldung des „Temps“ haben die Türken die Griechen vollständig niedergeworfen, die ganze griechische Armee befindet sich auf dem Rückzug. Die

Türken haben sehr gute Artillerie. Die türkische Offensive dauert noch fort. Die griechischen Truppen sind in die Defensive gedrängt und haben Boden verloren. Nach dem griechischen Bericht sollen die Soldaten sehr ermüdet und moralisch erschöpft sein. Zahlreiche Deserteure und Verwundete strömen nach Brüssel, wo Verstärkungen erwartet werden. Nach den letzten Nachrichten ist die Nordgruppe der griechischen Armee in vollster Auflösung.

General Le Rond in Paris.

General Le Rond, der Vorsitzende der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien“ Mittwoch in Paris eintreffen. Seine Anwesenheit werde nur kurz sein, sie hänge aber jedenfalls mit den Arbeiten der Kommission über die Festsetzung der Grenzen in Oberschlesien zusammen. Erst, nachdem General Le Rond nach Oberschlesien verankert sei, werde die Erörterung über die Grenzfestsetzung beginnen.

Amerika als Schiedsrichter.

„New York Herald“ beschäftigt sich in einer Besprechung mit der Antwort der amerikanischen Regierung auf die deutsche Denkschrift über die Wiederherstellungsfrage und empfiehlt, da Dr. Simons Deutschlands Wiederherstellungspläne anerkannt habe, und Hughes über dieses ungünstige Jugement erfreut sei, ein dritter Partei als Schiedsrichter fungieren zu lassen, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu bestimmen.

Die Entente gegen die österreichische Abschlußabstimmung.

Die österreichische Regierung hatte geplant, im gesamten Gebiet der Republik eine Volksabstimmung über den Anschluss an Deutschland stattfinden zu lassen. Es sollte dadurch vermieden werden, dass in den einzelnen Ländern besondere Abstimmungen vorgenommen werden. Wie nun französische Blätter melden, hat sich der österreichische Botschafter in der Entente gegen diese Absicht der österreichischen Regierung ausgesprochen und die alliierte Delegation in Wien bereits angekündigt, Österreich mitzutunen, dass die Entente einen Einfluss der Deutscheschweiz an Deutschland niemals dulden werde. — Wo bleibt da das stets feierlich von der Entente proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Soziales.

Junahme der Erwerbslosenzahlen in Berlin. Im Monat Februar hat sich die Zahl der unterstütteten Erwerbslosen in Berlin von 56 000 auf 59 500 erhöht. Darunter sind 12 460 weibliche Personen. Von den 59 500 Erwerbslosen waren rund 28 000 organisiert. Von den männlichen waren 1176 im Alter von 16 bis 18 Jahren, 5721 im Alter von 18 bis 21 Jahren. Über 21 Jahre alt waren 40 181. Mehr als 1000 Personen waren bereits länger als ein Jahr erwerbslos.

Gerichtsaal.

Der Hochverratsprozess gegen den kommunistischen Vater aus Magdeburg und 19 weiteren Angeklagten findet zurzeit vor dem außerordentlichen Gericht des Truppenkommandos I im Magdeburger Schwurgerichtsaal statt. Die Anklage ruht sich auf Angaben, welche die Behörden trotz der strengen Geheimhaltung der Pläne erhalten und wonach zur Durchführung linksradikaler Putschpläne im ganzen Reich eine Note Armee durch die Angeklagten organisiert werden soll. Die Verteidigung, die Rechtsanwalt Weinberg-Berlin übernommen hat, bezweckt die Pläne lediglich als Abwehrmaßregel gegen reaktionäre Putschgäste, weshalb sie auch die Ladung Escherichs als Zeugen beantragt hat.

Die Riechstädt im Berliner Schloss während der Revolution haben jetzt noch ein kleines, bezeichnendes gerichtliches Nachspiel gehabt. Bei einem Gastwirt wurde auf Grund einer Anzeige Haussuchung gehalten und mehrere wertvolle Gegenstände, die nach Aussage des Oberstabskanslers zu den aus dem Zimmer der Kaiserin in der Revolutionszeit gestohlenen Sachen gehörten, gefunden. Der Gastwirt wurde in Haft genommen und man fand in der Villa desselben noch weitere Gegenstände aus dem ehemaligen kaiserlichen Schloss. Aussklärung fanden diese Funde durch die Aussage einer früheren Büffettmamsell des Gastwirtes. Sie befand, dass in dem betreffenden Dosal zur Zeit der Revolution viele Angehörige der ehemaligen Patrouillen, die bekanntlich das Berliner Schloss damals besetzt hielt, gezecht und des österreichen Pakete abgegeben haben, die der Gastwirt annahm. Der Angeklagte behauptete zwar, die ihm übergebenen Gegenstände nur als Pfand erhalten zu haben, was ihn jedoch nicht vor einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe schützte.

Die ersten Sondergerichtsurteile. In Hamburg wurde vor dem außerordentlichen Gericht gegen neun Kommunisten verhandelt, die wegen Ungehorsams gegen die Gesetze, Auführers, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Hochverrats angeklagt waren. Das Gericht stellte fest, dass man es mit einem Auftritt zu hochverdächtigen Unternehmen zu tun habe. Die Angeklagten erhielten Gefängnis- und Buchhausstrafen bis zu drei Jahren. Auch in Berlin ist schon eine Sondergerichtsverhandlung gewesen. Der Angeklagte, ein 17-jähriger Drechslerlehrling, der mehrere Nummern der „Roten Fahne“ verkauft hatte, die einen heiteren Artikel enthielt mit der Forderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, die durch Untersuchungshaft als verdächtig gilt. Als strafmildernd wurde angesehen, dass der Angeklagte bisher noch unbekraftigt ist.

Vier oberösterreichische Redakteure vom interalliierten Gericht verurteilt. Vor dem Sondergericht der Interalliierten Regierungs- und Plebisitikkommission stand eine Verhandlung statt, die in der deutschen Presse berechtigtes Aufsehen hervorruft. Angeklagt waren die verantwortlichen Redakteure Helger von der „Oppelner Zeitung“, Dr. Kersting von der „Ostdeutschen Morgenpost“, Wirth vom „Oberschlesischen Wanderer“, Probst vom „Generalanzeiger für Oberschlesien und Boizen“, weil sie am Tage vor der Abstimmung die Abstimmung verdeckt hatten, das die Wahlschauer Würfe geschlossen sei. Nach der Anklage ha-

ben die Angeklagten laut gegen eine frühere Verfügung der Interalliierten Kommission und zugleich gegen eine Bestimmung des Abstimmungsreglements vorgangen, die Verbretzung aller Nachrichten unter Strafe stellt, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Der Gerichtshof, der aus vier Franzosen und einem Italiener zusammengesetzt war, verurteilte die Angeklagten zu je 5000 Mark Geldstrafe und zu Gefängnis für 8 bis 15 Tage.

Bei der Begründung dieses Urteils wird man sich vergegenwärtigen müssen, dass polnische Blätter durch vorher Nachrichten von der bevorstehenden Befreiung Berlins durch die Entente oder vom Einmarsch des Reichsheeres in Oberschlesien bringen konnten, ohne dass die Interalliierte Kommission sich zum Einschreiten veranlasst sah. Beweiswert ist auch ein Einwand, mit dem der Vorsitzende, der französische Senatspräsident Castier, den Einwand der Angeklagten zurückwies, dass die Melbung ihnen vom Wolff-Bureau übermittelt sei. Der Vorsitzende führte aus, dass es die Pflicht der Angeklagten gewesen sei, Nachrichten vor der Veröffentlichung noch zu prüfen, weil man in der ganzen Welt wisse, dass man den Nachrichten des Wolff-Bureaus nicht glauben dürfe.

Spiken.

Simon von Pauli. (47. Fortsetzung.)

Dem Hamburger Freunde lag es da am nächsten, selber Rosina London als künftigen Wohnsitz vorzuschlagen, um so mehr, als er selbst wenigstens zweimal im Jahre geschäftlich in London zu tun hatte.

Er gab seiner Freundin einige gute Adressen, bestellte selbst ein Zimmer für sie, sorgte dafür, dass sie vom Lampen abgeholt wurde, empfahl sie noch besonders an einen Freund, von dem er voraussehen durfte, dass er sein Vertrauen nicht trüben werde, und in den ersten Dezembertagen brachte er Rosina ans Schiff.

Darauf teilte er seinem Vater mit, dass dessen Befehl vollstreckt sei, und der ältere Herr Otter lobte seinen guten Sohn gerührt in seine Arme.

Rosina führte nun ein Leben ganz wie sie es liebte. Zazu kam nun noch eine sehr ernsthafte Beschäftigung, die sie neuerdings erworben hatte, — eine reizvolle, aufregende Beschäftigung, die ihren Geist in Anspruch nahm, ihren Charakter anstachelte, ihre Wohlfahrtsfunktionen füllte.

Rosina war etwa ein Jahr in London, und sie hatte von der Stadt genug gesehen, um sich davon zu überzeugen, dass es auf der ganzen bewohnten Erde kaum einen Platz gab, der zur Verwertung „ihrer“ Steine und Perlen so geeignet wäre wie dieser.

Das Herz pochte ihr mächtig, als sie eines Abends zu später Stunde in ihrem Zimmer, in dem sie sich völlig unbelästigt wusste, die schwere eiserne Schatulle aus dem verschlossenen Koffer hob, auf den Tisch legte, sie öffnete und die alte Bibel, die sie vor zwei Jahren beim Antiquar in der Neuen Königstraße für fünfzig Pfennige gekauft hatte, herausnahm.

„Wie nur! Wirklich nur zwei Jahre!“ Sie schüttelte den Kopf. „Sie dünkte sie eine Ewigkeit!“

Sie schlug das Buch auf. Der papierne Schrein war unversehrt.

Mit dem Ballon der Rechten drückte sie die oberen aufgeklebten Seiten durch und riss dann ein genügend großes Loch, um die kleinen papiernen Pakete, die sie selbst angefertigt hatte, herauszuschütteln. Bei dem sehr unheiligen Geschäft dieser Ausschüttung empfand sie etwas merkwürdig Wehversöhnlich.

Und nun widelte sie die Steine und Perlen sorgfältig aus ihrer Hülle, legte die Papierchen beiseite und ordnete die Pretiosen. Sie zählte: 41 Steine, 31 Perlen. Es war alles in Ordnung. Und wie damals nahm sie den einen und anderen der schönsten Brillanten und Saphire, behauchte sie, ließ sie unter der Lampe glänzen und freute sich über das feurige Gespuk.

Endlich legte sie die kostbarsten in das Blattchen ihres Opernglases und verschloss alles, auch die überflüssig gewordene Bibel, die der gelehrten Beichtung entgegenstach, wieder in den eisernen Kasten. Die Papierchen warf sie ins Feuer.

Um anderen Tage eröffnete sie ihr Geschäft, das sie während der folgenden Monate andauernd in Anspruch nahm.

Sie nahm einige der kostbaren Steine und begab sich zu einem großen Juwelier. Sie ließ diejenigen einfach fassen, nach dem Rate des Juweliers als Armband. Sie drang auf größte Einfachheit der Fassung. Sie hasste das vordringliche Gold und wollte eben nur die Steine zur Gestaltung bringen. Der Juwelier begriff das in diesem Falle vollkommen, die Steine setzte in der Tat von außerlesener Schönheit. Sie unterrichtete sich im weiteren Gespräch nach dem annähernden Wert.

Nach acht Tagen durste sie die Arbeit abholen. Sie war mit der Ausführung zufrieden, zahlte und ging.

Diesmal war sie in tiefer Trauer. Sie fuhr mit der Bahn nach einer anderen Stadtgegend und suchte und fand da einen anderen Juwelier.

Diesem erzählte sie, dass sie von einer teuren Unbekannten ein sehr schönes Armband geordert habe, das sie gern verkaufen möchte. Der Juwelier drückte die Steine, erkannte die Fassung als die Arbeit eines ersten Londoner Goldarbeiters und vot einen Preis, der der Tag seines Kollegen ungewöhnlich entsprach. Die Dame nannte ihren Namen: Baronin von Stoschow, gab ihre Adresse an: eine völlig unverlässliche Adresse. Sie sah vornehm aus, war elegant gekleidet, ihr Auftreten war zuwig und sicher. Es lag nicht der geringste Verdacht vor, die Baronin zu betrügen. Der Verkauf wurde perfekt und die Dame empfahl sich mit einer leichten Kopfbewegung.

Rosina kam achtzig Pfund Sterling reicher nach Hause als sie ausgegangen war.

In ganz ähnlicher Weise, nur mit zahlosen Varianten in Einzelheiten, setzte sie ganz alimatisch die Steine und Perlen, die fehler der Gräfin Julianne von Stoschow gehabt hatten, in Eingangs Uhr an. Ein ihren Hauptsaal war die Manivulation immer die

selbe; daß sie die Juwelen in dem einen Stadtviertel einfach lassen ließ, und in einem anderen verkaufte, und sich bei dem einen Juwelier immer danach erkundigte, was der andere ihr ungefähr zu zahlen hatte. Sie führte genau Studi über ihre Geschäfte. Die Kosten der Haftung spielten keine Rolle, sie wurden als Geschäftsspesen betrachtet. Alles das widersteßt vollkommen glatt und in der unauffälligen Weise ab.

(Fortsetzung folgt.)

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

Wie früher, aber werden kein Gewinn hat, und mit 450 Wert gewonnen. Dies Gesetz ist wichtig. — Reichstag beschloß.

1. Sitzungstag vom 6. April 1881.

90000 St.	18811	St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.
10000 St.	112251	Dr. W. H. Müller Stoffl, Schriftg.
5000 St.	30856	Baumwolle, Schriftg.
3000 St.	36981	Baumwolle Stoffl, Schriftg. L. Co.
5000 St.	67903	Germann Hermann Müller, Schriftg. Werner, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.
5000 St.	75777	George Meyer, Schriftg.
5000 St.	67856	Georgius Wenzel, Dresdner u. Fleiss. Dr. Kopplius, Schriftg.
5000 St.	82077	Heinrich Wenzel, Dresdner.
5000 St.	90588	Wolfgang Klemm, Diplom. Dr. Dresdner.

90000 St.	18812	St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.
10000 St.	112251	Dr. W. H. Müller Stoffl, Schriftg.
5000 St.	30856	Baumwolle, Schriftg.
3000 St.	36981	Baumwolle Stoffl, Schriftg. L. Co.
5000 St.	67903	Germann Hermann Müller, Schriftg. Werner, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.
5000 St.	75777	George Meyer, Schriftg.
5000 St.	67856	Georgius Wenzel, Dresdner u. Fleiss. Dr. Kopplius, Schriftg.
5000 St.	82077	Heinrich Wenzel, Dresdner.
5000 St.	90588	Wolfgang Klemm, Diplom. Dr. Dresdner.

90000 St.	18813	St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.
10000 St.	112251	Dr. W. H. Müller Stoffl, Schriftg.
5000 St.	30856	Baumwolle, Schriftg.
3000 St.	36981	Baumwolle Stoffl, Schriftg. L. Co.
5000 St.	67903	Germann Hermann Müller, Schriftg. Werner, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.
5000 St.	75777	George Meyer, Schriftg.
5000 St.	67856	Georgius Wenzel, Dresdner u. Fleiss. Dr. Kopplius, Schriftg.
5000 St.	82077	Heinrich Wenzel, Dresdner.
5000 St.	90588	Wolfgang Klemm, Diplom. Dr. Dresdner.

90000 St. 18814 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18815 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18816 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18817 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18818 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18819 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18820 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18821 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18822 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

3000 St. 36981 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. L. Co.

5000 St. 67903 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg. und Emilie Wagner, Wm. v. Göts.

5000 St. 75777 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 67856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 82077 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 90588 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

90000 St. 18823 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

10000 St. 112251 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.

5000 St. 30856 St. Zeitl. Dr. Georg Riedl, Schriftg.